



Kurzfassung

**REGIONAL- UND STRUKTURPOLITISCHE VORSCHLÄGE
ZUR ENTWICKLUNG DER LAUSITZ AUS ARBEITSORIENTIERTER SICHT**

im Auftrag des
DGB Bezirks Sachsen
und des
DGB Bezirks Berlin Brandenburg

vorgelegt von der
Arbeitsgruppe regionale Strukturpolitik
im IMU-Institut Berlin

Arbeitsstand: 30. Juni 2015

Gliederung

1. Einleitung
2. Struktur der Lausitz
 - 2.1 Interregionaler Vergleich
 - 2.2 Wirtschaft und Industrie
 - 2.3 Regionalstruktur
 - 2.4 Arbeit
3. Regional- und Strukturpolitische Handlungsfelder
 - 3.1 Regional- und strukturpolitische Handlungsebenen in der Lausitz
 - 3.2 Industriepolitik
 - 3.3 Clusterpolitik
 - 3.4 Arbeitsmarktpolitik
 - 3.5 Arbeitspolitik
 - 3.6 Öffentliche Daseinsvorsorge
 - 3.7 Energiepolitik
 - 3.8 Regionaler Entwicklungsdialog
4. Integrierte Regional- und Strukturpolitik als arbeitsorientierte Entwicklungsstrategie für die Lausitz

1. Einleitung

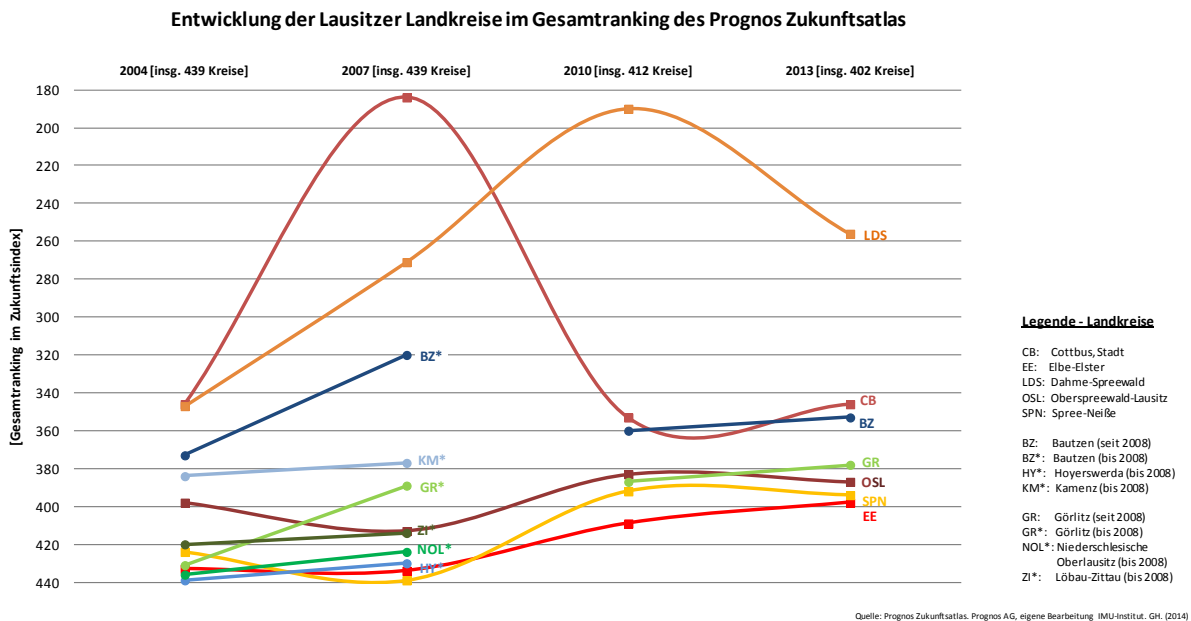
Die Lausitz hat seit der Wende einen tiefgehenden und komplexen Strukturwandel durchlebt, der alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens, der Institutionen, die Wirtschaft und die Industrie und vor allem die Arbeit betraf. Dieser Strukturwandel ist keineswegs beendet oder abgeschlossen. Er findet mit unverändert großer Intensität statt und wird die Entwicklung der Lausitz auch in den nächsten Jahrzehnten grundlegend prägen.

Strukturwandel will gestaltet werden, damit die (arbeitenden) Menschen nicht zu den Verlierern des Wandels werden. Er muss menschengerecht und sozialverträglich organisiert und beeinflusst werden. Die folgenden Positionierungen beschreiben regional- und strukturpolitische Entwicklungsbedarfe der Lausitz und legen Handlungsvorschläge aus arbeitsorientierter Sicht vor.

2. Struktur der Lausitz

2.1 Interregionaler Vergleich

Der Prognos Zukunftsatlas bewertet anhand einzelner Indikatoren in den Kategorien Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb und Innovation sowie Wohlstand und soziale Lage die Zukunftschancen aller Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands. Dazu wird ein Gesamtindex der Zukunftsfähigkeit berechnet, der sich aus themenspezifischen Teilindizes zusammensetzt, die wiederum aus 29 makro- und sozioökonomischen Indikatoren abgeleitet werden.



Die der Lausitz zugehörigen Landkreise liegen, mit Ausnahme des auch Teile des vergleichsweise prosperierenden Berliner Umlands umfassenden Landkreises Dahme-Spreewald, im Gesamtranking des Zukunftsatlas zwischen 2004 und 2013 unverändert im letzten Fünftel aller deutschen Landkreise bzw. Städte. Insbesondere die brandenburgischen Landkreise Elbe-Elster, Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz sowie die vor der sächsischen Kreisgebietsreform 2008 existierenden Kreise Hoyerswerda und Niederschlesische Oberlausitz liegen regelmäßig auf den letzten Plätzen des Rankings und werden als Regionen mit hohen bzw. sehr großen Zukunftsrisiken bewertet.

Andere Untersuchungen (vgl. Einig, Jonas 2011) kommen zu ähnlichen Ergebnissen: So werden den Landkreisen der Lausitz z.B. ein „stark unterdurchschnittlich“ entwickelter Arbeitsmarkt und „stark unterdurchschnittliche“ Lebensverhältnisse attestiert.

Im Zuge der Ost-West-Angleichung hat es auch in der Lausitz in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen Bereichen große Fortschritte gegeben: Das politische System, die Verwaltungsstrukturen, das gesellschaftliche Institutionensystem, die Infrastrukturen etc. haben sich erkennbar angeglichen. Die nach wie vor größten und in den letzten Jahren nicht verringerten Ost-West-Unterschiede gibt es im Bereich der Arbeit (Lohn, Arbeitszeit, prekäre Arbeit) und der Arbeitslosigkeit (Höhe und Struktur). Hier ist der Angleichungsprozess seit mehr als fünfzehn Jahren zum Erliegen gekommen.

Deshalb besteht die Herausforderung darin, auch und gerade in der Lausitz neue Impulse für vorrangig industrielle, insbesondere innovative wertschöpfende Strukturen zu setzen, die eine Perspektive der Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen eröffnen.

2.2 Wirtschaft und Industrie

Die Industrie ist für die Lausitz von besonderer Bedeutung: Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Bruttowertschöpfung und zur Dynamik des Wachstums. Die Lausitzer Industrie ist durch vier Branchen geprägt: Bergbau und Energiewirtschaft, Ernährungswirtschaft, Chemie und Kunststoffe sowie Metall und Maschinenbau. Die Industriestruktur der Lausitz ist stärker differenziert als die Industrie Ostdeutschlands und hauptsächlich kleinbetrieblich strukturiert. Durch Vernetzung der Industriebranchen sind mit jedem Industriearbeitsplatz in der Lausitz zusätzlich 0,7 andere Arbeitsverhältnisse über Vorleistungen verknüpft.

2.3 Regionalstruktur

Der demografische Wandel wird bis zum Jahr 2030 in der Lausitz zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials von 36 % führen. Der Wert liegt signifikant über dem westdeutschen Niveau (8 %) und der Entwicklung in den Bundesländern Sachsen (24 %) und Brandenburg (21 %). Dieser Trend wird das Wirtschaftswachstum nachhaltig (negativ) beeinflussen und stellt neue Anforderungen an die regionale Strukturpolitik.

Bei konstanter Produktivitätsentwicklung müsste bereits ab 2017/2018 aufgrund der demographischen Entwicklung mit einer Schrumpfung der Gesamtwirtschaftsleistung gerechnet werden. Die wirtschaftliche und industrielle Ost-West-Angleichung (gemessen an der Wirtschaftskraft BIP je Einwohner), kommt nach diesen Einschätzungen bis 2030 nicht voran. Bemerkenswert ist, dass selbst für eine stärker als der ostdeutsche Durchschnitt industrialisierte Region wie die Lausitz eine wirtschaftliche Ost-West-Angleichung auf dem gegenwärtigen Entwicklungspfad in überschaubarer Frist nicht dargestellt werden kann.

Auch 25 Jahre nach der Wende ist eine deutlich unterdurchschnittliche Finanzkraft einiger Lausitzer Regionen festzustellen, gemessen z.B. an den kommunalen Steuereinnahmen je Einwohner im Jahre 2012. Die Vergleichswerte liegen im Bund bei 728 € und in Brandenburg bei 514 €. In den Lausitzer Landkreisen liegen die Werte häufig darunter, so bspw. im Kreis Spree-Neiße bei 501 €, im Kreis Oberspreewald-Lausitz bei 447 € und im Landkreis Görlitz bei 374 €.

2.4 Arbeit

Die Arbeitslosigkeit ist in der Lausitz ähnlich wie in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt signifikant höher als in den westdeutschen Flächenländern. Innerhalb der Lausitz gibt es deutliche regionale Unterschiede bei der Arbeitslosenquote, die regional unterschiedlichen Handlungsdruck begründen können. So betragen die Arbeitslosenquoten im Mai 2015 in Deutschland 6,3 %, in Brandenburg 8,5 % und in der Lausitz durchschnittlich 9,5 %, regional stark differierend zwischen 11,5 % (LK Oberspreewald-Lausitz) und 7,9 % (LK Bautzen).

Die Bruttostundenlöhne liegen in der Lausitz auf dem gleichen Niveau wie in Ostdeutschland. Sie liegen weiterhin ca. ein Drittel unter dem Niveau der westdeutschen Flächenländer. In den letzten 10 Jahren hat es keine Angleichung der Bruttostundenlöhne gegeben.

Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten lagen zwischen 1996 und 2012 in Brandenburg konstant bei ca. 39,6 Std. und damit im ostdeutschen Durchschnitt bzw. ca. 1 Std. (in 2012) über dem westdeutschen Vergleichswert.

Die Zahl der Betriebe mit Tarifbindung ist bundesweit seit 1996 rückläufig. Sie liegt in 2013 in Brandenburg bei 24 %, in Sachsen bei 17 % und in Westdeutschland bei 33 %.

Der Anteil der befristet Beschäftigten (an allen Beschäftigten) stieg zwischen 1996 und 2013 in Brandenburg von 6 % auf 10 % und in Sachsen von 6 % auf 8 % (mit einer Spitze in 2010 von 10 %). Beide Werte lagen in 2013 deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert (7 %).

Der Anteil der Leiharbeiter an allen Beschäftigten verdoppelte sich in Brandenburg zwischen 1998 und 2013 von 0,6 % auf 1,1 % und vervierfachte sich in Sachsen im gleichen Zeitraum von 0,5 % auf 1,9 % (Vergleichswerte 2013: Ostdeutschland 1,5 %, Westdeutschland 1,6 %). Ältere Analysen weisen auf einen besonders hohen Leiharbeitsanteil in industriellen Regionen wie Bautzen und Cottbus hin.

3. Regional- und Strukturpolitische Handlungsfelder

3.1 Regional- und strukturpolitische Handlungsebenen in der Lausitz

Um die notwendige Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz zielgenau voranzubringen und das endogene Potenzial nachhaltig zu nutzen, müssen die Aktivitäten der Bundesebene, der Landesregierungen Brandenburgs und Sachsens mit der regionalen Ebene (Landkreise) eng koordiniert werden.

Bundesebene

Die regionalen Akteure in der Lausitz sollten darauf hinwirken, dass

- alle Möglichkeiten in der Lausitz ergriffen werden, um die ohnehin geringer werdenden Mittel aus den Europäischen Strukturfonds (hauptsächlich EFRE und ESF) für strukturpolitisch-weiter tragende Projekte auszuschöpfen,
- die GRW im Zuge ihrer Neugestaltung auch künftig eine wirksame Quelle der Investitionsförderung bleibt und zumindest teilweise wegfallende Mittel aus den Europäischen Strukturfonds kompensiert,
- der Länderfinanzausgleich in Zukunft so gestaltet wird, dass der Grundgedanke des Ausgleichs und der Solidarität zwischen den Ländern bzw. Regionen erhalten bleibt und damit die Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West zukünftig finanziert werden kann.

Landes-Ebene

Die wichtigsten Instrumente zur Gestaltung des industriellen Strukturwandels auf der Landesebene sind in Brandenburg das Programm „ProIndustrie“, die Konzeption der Regionalen Wachstumskerne und die Neuordnung / Weiterentwicklung der Clusterstrategie sowie deren Konkretisierung in der Gestalt von „Masterplänen“. Hier sind die Ressourcen zentraler Landesinstitutionen im engen Dialog mit den regionalen Verantwortungsträgern konzentriert einzusetzen.

In Sachsen sind die Clusterstrategie und die Innovationsstrategie, die in einem gleichnamigen Dokument veröffentlicht wurden, als industriepolitische Strategiedokumente hervorzuheben. Ziel der Innovationsstrategie ist es, die Effektivität der sächsischen Innovationspolitik zu erhöhen, das innovationsgetriebene Wachstum zu stärken und selbsttragende wirtschaftliche Strukturen zu schaffen. Sie definiert Sachsen als Industrieland und „führendes Innovationsland“.

Aus arbeitsorientierter Sicht sollte

- die Weiterentwicklung der Clusterstrategien unter (stärkerer) Beteiligung der regional präsenten Gewerkschaften vorangetrieben werden,
- die Clusterstrategie, insb. in Sachsen, auch die traditionell starken Cluster z.B. in den Metall-, Chemie-, Energie- und Nahrungsmittelbranchen umfassen,
- bei aller notwendigen Konzentration auf industrielle Schwerpunkte die Entwicklung der strukturschwachen Räume nicht aus den Augen verloren werden.

Regionale Ebene

Die regionalen Verantwortungsträger sollten sich so positionieren, dass wichtige Impulse zur Entwicklung der Lausitz aus der Region selbst entwickelt werden. Regionale Entwicklungskonzepte (REK) können wichtige Ideen und Impulse zur Entwicklung der einzelnen Regionen der Lausitz liefern. Trotz positiver Beispiele gibt es insgesamt noch zu wenige aktuelle REKs.

Es gibt auf der regionalen Ebene für die bundesländerübergreifende Region Lausitz keinen öffentlichen Diskurs um Leitziele der regionalen Entwicklung und zielführender Handlungsstrategien und Leitprojekte zu deren Erreichung. Und es fehlen auch organisatorisch legitimierte, die Region mit ihren Potenzialträgern aktivierende Strukturen, und „Formate“, in denen ein solcher Dialog entwickelt und geführt werden könnte. Die Revitalisierung und Neustrukturierung des Dialogs um regionale Entwicklungsziele und -strategien für die Lausitz und daraus abgeleitete Leitprojekte sind prioritär zu fördern.

Der bundeslandübergreifende, regional fokussierte Entwicklungsdialo g für die Lausitz sollte von einem regionalen Akteur unter Einbeziehung beider Landesregierungen, der Kommunen sowie aller relevanten gesellschaftlichen Akteure organisiert werden.

3.2 Industriepolitik

Befund

Wirtschaftsförderungs- und Industriepolitik in und für die Lausitz muss sich vor allem auf die Sicherung und Entwicklung industrieller Standorte konzentrieren. Dies ist eine Grundlage für die Schaffung qualitativ guter und gut bezahlter Arbeitsplätze. Angesichts des dynamischen industriellen und demographischen Wandels ist dies eine anspruchsvolle Aufgabe, die eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und die Entwicklung einer regionalen Fachkräftestrategie erfordert. Die weitere Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen und der Standortqualität, die mehr als zwei Jahrzehnte die

Wirtschaftspolitik geprägt haben, reichen allein nicht aus, um neue industrielle Schwerpunkte im Strukturwandel der Lausitz zu setzen.

Handlungsansätze

Die industriellen Standorte und Arbeitsplätze können in den KMU der Lausitz mit ihrer diversifizierten Wirtschaftsstruktur dann gesichert werden, wenn sie die Chancen des sozial-ökologischen Umbaus nutzen können. Dazu sind mehrere Strategieansätze erforderlich.

- Die kleinen und mittleren Unternehmen in der Lausitz benötigen Unterstützung, um Zugänge zu den komplexen Wertschöpfungsketten der wichtigsten Industrien in Brandenburg und Sachsen sowie zu weiteren Zukunftsindustrien zu erhalten.
- Dazu sollten sie in die Lage versetzt werden, anschlussfähig zu werden an neue technologische Trends und Produktionsweisen (z.B. „Industrie 4.0“, „Green Jobs“). Hier werden der Stellenwert und die Anforderungen an die Fachkräftestrategie und ein vorausschauendes Weiterbildungsmanagement deutlich.
- Die langfristige Sicherung der Investitions- und Innovationsförderung, um die strukturellen Nachteile von KMU teilweise auszugleichen. Dies gilt auch für Erweiterungsinvestitionen, die der Standort- und Arbeitsplatzsicherung dienen. Zu fordern ist, die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) als wichtigstes Wirtschaftsförderungsinstrument auch nach 2020 für ganz Deutschland zu erhalten und weiter zu entwickeln, auch als Ersatz für rückläufige Strukturfondsmittel. Die Weiterentwicklung der GRW sollte in quantitativer wie in qualitativer Richtung (Integration von Kriterien Guter Arbeit) erfolgen.
- Die Innovationsförderung sollte sich einen ganzheitlichen Innovationsbegriff zu Eigen machen, der die Verbindung von technischen, sozialen, organisatorischen und Arbeitsinnovationen zum Inhalt hat. Gerade die Innovationsförderung in den Clustern sollte nicht allein technische Innovationen fördern, sondern auch soziale (das Arbeitsvermögen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) und organisatorische Innovationen berücksichtigen.
- Die Weiterentwicklung der sektoralen Industriepolitik. Wenn die Chancen eines sozial-ökologischen Umbaus genutzt werden sollen, dann ist die sektorale Förderung von Zukunftsbranchen und Zukunftsindustrien unverzichtbar. Es geht darum, den demografischen Wandel zu gestalten sowie innovative und produktivitätsstarke Unternehmen zu stärken bzw. anzusiedeln.
- Die Ansätze regionaler Industriepolitik, die in den Clustern und unter maßgeblicher Mitwirkung der Hochschulen in der Lausitz entwickelt worden sind, sollten weiter ausgebaut werden. Die Weiterentwicklung der Clusterpolitik und der sie tragenden Vernetzung von Unternehmen, Forschung, Bildung und Arbeits(markt)politik ist auch für die Entwicklung der Lausitz zielführend.

3.3 Clusterpolitik

Befund

Die Wirtschaftsförderung in Brandenburg und Sachsen setzt seit über 10 Jahren auf eine Clusterstrategie zur Entwicklung leistungsfähiger Produktionscluster (ACOD und VEMAS, Bahn und Mikroelektronik in Sachsen, u.a. Metall, Energie, Chemie in Brandenburg).

In Brandenburg wurde die Clusterstrategie durch die Erarbeitung von Masterplänen auch in den für die Lausitz besonders bedeutsamen Clustern Metall, Energie und Chemie weiterentwickelt. Die Entwicklung der Masterpläne erfolgte überwiegend dialogorientiert, unter Einbindung der

Wirtschafts- und Sozialpartner. Seit 2012 wird eine Art „Bonussystem“ zur Verbindung von Investitionsförderung und Guter Arbeit praktiziert, das tarifgebundenen Unternehmen neben der investiven Grundförderung eine prozentual höhere Förderung bewilligt und diese für Betriebe mit Betriebsräten zusätzlich erhöht. Die neuen GRW-Richtlinien für Brandenburg knüpfen daran an.

In Sachsen scheint die politische Gewichtung eher auf Clustern der sog. „Zukunftsindustrien“ zu liegen. Zielführend wäre eine stärkere Gewichtung der industriellen Kernbranchen wie Fahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Textilindustrie oder Chemie. Clusterpolitik wird in Sachsen nach einer Phase der Abstinenz wieder im Dialog mit den Sozialpartnern betrieben. Ein partnerschaftlicher Ansatz in der Clusterpolitik sollte in Sachsen weiter ausgebaut werden.

Handlungsansätze

Zu entwickeln sind Handlungsmöglichkeiten, wie die Wirtschafts- und Investitionsförderung nicht nur an die Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze gebunden werden, sondern auch an deren Qualität. Auch auf Ebene der Bundesländer und der gesamten Lausitz sollte der Grundsatz gelten, dass die Vergabe öffentlicher Mittel der Wirtschaftsförderung an Kriterien Guter Arbeit gebunden sein sollte: z.B. an die Einhaltung von Tarifverträgen, an die Einführung betrieblicher Mitbestimmung und die Präsenz von Betriebsräten, die Einhaltung des Mindestlohns, die Begrenzung / Höchstquoten für Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Minijobs. Erforderlich ist die Herstellung von Transparenz über die Ausreichung der Mittel der Wirtschaftsförderung und die Einhaltung der arbeitspolitischen Qualitätskriterien. Bei der Prüfung von Investitionsanträgen der Unternehmen sollte die „Regelanfrage“ bei der zuständigen Einzelgewerkschaft nach Einhaltung der arbeitspolitischen Standards obligatorisch werden.

Mittlerweile liegen sowohl Gutachten als auch politische Erfahrungen vor, wie diese Koppelung praktisch bewerkstelligt werden kann. Das von Teilen der Politik und den Arbeitgebern vorgetragene Argument, dass die Koppelung der Wirtschaftsförderung an Kriterien Guter Arbeit rechtlich nicht möglich sei, ist demzufolge nicht haltbar.

Gerade in Phasen struktureller Brüche hat es sich als zielführend erwiesen, die Sozialpartner mit einer prominenten Rolle in die Clusterpolitik einzubinden und die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner der Clusterpolitik zu behandeln. Dies scheint zur Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz auch in Zukunft von erstrangiger Bedeutung. Zu entwickeln sind daher Formen der Beteiligung der Sozialpartner an der Clusterentwicklung, die den landespolitischen Besonderheiten Rechnung tragen, ihnen aber insgesamt einen höheren Stellenwert in der Clusterpolitik beimessen.

3.4 Arbeitsmarktpolitik

Befund

Die Arbeitslosenquote ist in der Lausitz trotz deutlicher lokaler Unterschiede etwa doppelt so hoch wie im westdeutschen Vergleich. Dies ist grundsätzlich inakzeptabel und begründet die gewerkschaftliche Forderung nach einer Arbeitsmarktpolitik, die das Attribut „aktiv“ (wieder) verdient.

Die Struktur der Arbeitslosigkeit in der Lausitz zeigt, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen und der älteren Arbeitslosen (regional unterschiedlich) jeweils zwischen 40 % und 50 % liegt. Dies ist die zweite strukturelle Besonderheit, die Handlungsbedarf begründet.

Handlungsansätze

Zur Entwicklung der Lausitz ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die einen Beitrag zur Sicherung der Fachkräftebedarfe und zur Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Strukturprobleme, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, leistet. Erforderlich sind zielgruppenorientierte Arbeitsförderungsprojekte zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit, die vor allem in den Regionen / Arbeitsagenturbezirken mit besonders hoher Langzeitarbeitslosigkeit aufgelegt werden sollten.

Zielführend ist die Einrichtung einer funktionierenden Arbeitsstruktur zur Fachkräftesicherung („Fachkräfte-Allianz“, „Bündnis für Fachkräfte“), in der alle relevanten Akteure zusammenarbeiten und Strategien zur Fachkräftesicherung beraten und umsetzen. Sie sollte vor allem in den Arbeitsfeldern Weiterbildung und Erstausbildung aktiv werden:

Zur Bewältigung der Herausforderungen des technologischen, des sektoralen und des demographischen Wandels ist eine Qualifizierungsoffensive dringend geboten. Die Ausrichtung der Bildungssysteme auf die Bedarfe der regionalen Wirtschaft, die Verringerung der Schulabbrecherquote, die Modernisierung der Lehrpläne, die Optimierung der Berufsorientierung, die Erleichterung des Zugangs zu Betriebspraktika und die Einbindung der Hochschulen in Weiterbildung können Bestandteile einer Qualifizierungsoffensive sein, wenn sie konkret umgesetzt werden können.

Von besonderer Bedeutung ist eine Intensivierung der Fort- und Weiterbildung. Weiterbildung wird in den Betrieben häufig unzureichend umgesetzt und ganze Beschäftigtengruppen werden von Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Um in der betrieblichen Praxis weiterzukommen, fordert der z.B. DGB Sachsen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlich fixierten Weiterbildungsanspruch von mindestens 5 Tagen pro Jahr (Weiterbildungsfreistellungsgesetz). Wenn KMU bei der Weiterbildung zusätzlich staatlich gefördert werden, kann der Erfolg einer Weiterbildungsoffensive erhöht werden. Zugleich würde dadurch der Weg zu lebensbegleitendem Lernen geöffnet.

Neben der Weiterbildung ist die berufliche Erstausbildung das zweite zentrale Element einer Qualifizierungsoffensive. Der „Lehrstellenmarkt“ in der Lausitz ist nicht „entspannt“. Insgesamt stehen im Ausbildungsjahr 2014 / 2015 (Stand Mai 2015) in der Lausitz 5.921 gemeldeten Bewerbern 5.095 angebotene Lehrstellen gegenüber. Es gibt also nach wie vor zu wenige Lehrstellen in der Lausitz. Zum anderen stehen 3.300 „unversorgten“ Bewerbern 3.049 unbesetzte Lehrstellen gegenüber. Es gibt ein erhebliches „Mismatch“, das offensichtlich neue Anstrengungen im Bereich der Erstausbildung erforderlich macht.

Zur Lösung der Fachkräftefrage ist die berufliche Erstausbildung für viele Betriebe ein Weg, um den gewünschten Fachkräftenachwuchs gewinnen zu können. Vor allem die ausbildungsberechtigten Betriebe, die nicht ausbilden, sind aufgefordert, neue Lehrstellen zu schaffen. Die angemessene, branchenübliche Bezahlung der Auszubildenden erhöht die Chance der Betriebe, qualifizierte Jugendliche zu gewinnen. Wenn die Qualifikation der Jugendlichen nicht den Anforderungen des Betriebs bzw. der Ausbildungsstelle entspricht, so sind geeignete Fördermaßnahmen und Begleitunterricht zu sichern.

Zur Erschließung von „Begabungsreserven“, aus der neue Fachkräfte gewonnen werden können, gehören auch die sog. „Altbewerber“, die bisher noch keine Ausbildungsstelle bekommen haben, aber in der Statistik nicht mehr erfasst sind.

Zu fordern ist ein Fachkräftesicherungs- und -entwicklungsprogramm für die Lausitz, das überregional koordiniert und durch regionale Projekte umgesetzt werden sollte.

3.5 Arbeitspolitik

Befund

- In Brandenburg und Sachsen liegen die Anteile befristeter Arbeitsverträge und die Leiharbeitsquote über dem Durchschnitt sowohl Ost- als auch Westdeutschlands. Der Anteil sog. „atypischer Beschäftigungsverhältnisse“ hat sich von Mitte der 90er Jahr bis 2013 z.B. in Brandenburg verdoppelt und lag bei 38 %, in Sachsen bei 35 %.
- Eine Form prekärer Arbeit ist Arbeit zu Niedriglöhnen, die in einigen Branchen in der Lausitz nach wie vor anzutreffen ist. So zeigt die Statistik, dass es in der Lausitz rund 24.000 (Stand Februar 2015) sog. Aufstocker gibt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die neben ihrem Arbeitsentgelt zur Sicherung der Existenz auf zusätzliches Arbeitslosengeld II angewiesen sind.
- Der Anteil der tarifgebundenen Betriebe ist in Sachsen und Brandenburg unterdurchschnittlich.
- Die öffentliche Reputation, die das Thema „Balance“ (Vereinbarkeit von Beruf und Familie) genießt, steht in der Lausitz nicht in einer positiven Korrelation zu den Maßnahmen, die in den Betrieben und den Kommunen realisiert werden.

Handlungsansätze

Zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels sollte die Lausitz als Arbeitsstandort attraktiver gemacht werden, um gleichwertige Arbeitsbedingungen herzustellen. Dies ist der entscheidende Beitrag zur Reduzierung der Abwanderung und demografiebedingter Fachkräfteengpässe.

Der Weg dahin führt über die Erhöhung der Qualität der Arbeit, die Schaffung „Guter Arbeit“ und die Eindämmung prekärer Beschäftigung. Um „Guter Arbeit“ in der Lausitz näher zu kommen, ist es erforderlich,

- prekäre Arbeit einzudämmen (Leiharbeit, Befristungen, Minijobs). Notwendig ist die Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen in der Lausitz. Dazu ist eine Novellierung des rechtlichen Rahmens der Leiharbeit, eine gesetzliche Begrenzung der Leiharbeitsquote und die Orientierung der Bezahlung der Leiharbeiter am jeweiligen Branchentarifvertrag („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch für Leiharbeiter“) erforderlich.
- die Verbindung von Wirtschaftsförderung und Guter Arbeit zu intensivieren und zu institutionalisieren (keine oder geringere Fördersätze für Unternehmen, die Leiharbeit missbrauchen, höhere Fördersätze für Unternehmen, die Kriterien Guter Arbeit erfüllen).
- Niedriglöhne auszuschließen und Mindestlöhne flächendeckend einzuführen. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes ohne Ausnahmen erfordert zudem die strikte Kontrolle der Einhaltung der Mindestlöhne in allen Betrieben in der Lausitz.
- die Tarifbindung deutlich zu erhöhen und Tariflöhne flächendeckend durchzusetzen. Der Weg dahin führt über die Einführung und Anerkennung der Flächentarifverträge zwischen Arbeitgeberverbänden und der Gewerkschaften. Die öffentliche Darstellung tarifloser Zustände als Garant niedriger Löhne und Arbeitskosten und „betriebsratsfreier Zonen“ als Standortvorteil hat sich als kontraproduktiv erwiesen.

- Der Staat kann durch seine Vergabe-Politik einen Beitrag leisten, um die Tarifbindung zu erhöhen: Durch die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tariftreue Unternehmen und die Sicherung der Daseinsvorsorge ausschließlich durch tarifgebundene Unternehmen. Dazu ist die Weiterentwicklung des Landesmindestlohngesetzes (in Brandenburg) und des Vergabegesetzes (in Sachsen) zu einem „Tariftreuegesetz“ notwendig. Zu fordern ist, dass öffentliche Mittel nur für Maßnahmen eingesetzt werden, die die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern.
- Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann bislang nicht erwerbstätige Personengruppen (z.B. alleinerziehende, gut ausgebildete Mütter) aktivieren und die Berufstätigen dabei unterstützen, die Anforderungen des Berufs und der Familie besser miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Um vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung von „Balance-Projekten“ zu unterstützen, ist die Überführung von Modellprojekten in eine kontinuierliche Unterstützung erforderlich.

Die aktive Zusammenarbeit der Sozialpartner mit öffentlichen Stellen kann hier zu mehr Akzeptanz, Konzentration und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes verhelfen. Um auf diesem Weg in der Lausitz voran zu kommen, ist eine „Neue Ordnung der Arbeit“ erforderlich, die von einer „Zukunftsagentur Arbeit“ (Arbeitstitel) entwickelt und umgesetzt werden sollte.

3.6 Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Umsetzung des Gleichwertigkeitsgebotes ist gerade auch in strukturschwachen und schrumpfenden Regionen wie in (Teilen) der Lausitz unverzichtbar.

Befund

In Regionen mit (extrem) rückläufiger Bevölkerung sind die Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht mehr in der bisherigen Form aufrecht zu erhalten. Deshalb sind neue Ideen und Lösungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge gefragt. Für die zu entwickelnden Mittel- und Oberzentren in der Lausitz stellt sich die Frage, wie sie zur Daseinsvorsorge in der Peripherie beitragen können. Erforderlich ist die Entwicklung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge in den bevölkerungsmäßig „schrumpfenden“ Regionen der Lausitz.

Handlungsansätze

Mindeststandards der Daseinsvorsorge sind in folgenden Handlungs- / Politikfeldern zu entwickeln:

- Schulbildung: Sicherstellung einer wohnortnahen Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche, „dezentrale Bildungsversorgung“,
- Berufsbildung: Sicherung beruflicher Aus- und Weiterbildung zur regionalen Fachkräfteentwicklung und der Entwicklung regionaler Netzwerke und Cluster,
- Medizinische Versorgung: Sicherung der medizinischen, insb. der haus- und fachärztlichen, Versorgung durch innovative Konzepte wie z.B. der Kombination von stationärer und mobiler Angebote, E-Health-Angebote etc.,
- Sicherheit: Gewährleistung öffentlicher Sicherheitsstrukturen z.B. durch polizeiliche Präsenz, Einsatzzeiten von Feuerwehren und Rettungsdiensten,
- Ver- und Entsorgung: Gewährleistung wohnortnaher dezentraler Ver- und Entsorgungssysteme (Wasser, Strom, Abfall, Abwasser etc.) nach angemessenen Umweltstandards,

- Mobilität: Sicherung eines allgemein verfügbaren Mobilitätsangebots jenseits des motorisierten Individualverkehrs (MIV),
- die Verbindung dieser Themenfelder mit den neuen Chancen, die sich aus der ökologischen Raumentwicklung, dem Naturschutz und dem Tourismus ergeben.

Hilfreich ist der Transfer exemplarischer Lösungen und guter Beispiele, die für die Lausitz adaptiert werden könnten. Weitere Ansatzpunkte und Vorschläge finden sich in den regionalen Entwicklungskonzepten der kreisfreien Städte und der Landkreise in der Lausitz.

Grundvoraussetzung für die Sicherung der Daseinsvorsorge in der Lausitz ist ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst, der so ausgestattet und finanziert ist, dass er dieser Aufgabe gerecht werden kann. Die Politik des Personalabbaus und der Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen ist kontraproduktiv und schwächt die Qualität der Arbeitsplätze, die öffentliche Versorgung und die Kaufkraft in der Lausitz. Erforderlich ist die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, die Beendigung des Personalabbaus und eine bedarfsorientierte Personalgewinnung und -entwicklung.

3.7 Energiepolitik

Befund

Die Lausitz ist traditionell eine Energieregion mit einer herausragenden Rolle der Braunkohle als prägendes Element der Wirtschaftsstruktur und des Kompetenzprofils der Region. In der Lausitz hängen ca. 22.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle ab.

Aus arbeitsorientierter Sicht ist die Lausitzer Braunkohle eine unverzichtbare Brücke zur Energieversorgung der Zukunft. Sie gewährleistet Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und gut bezahlte Arbeitsplätze. Damit ist sie auch eine Bedingung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und Industrien in Brandenburg und Sachsen.

Die Ausgestaltung und Umsetzung gesellschaftlicher Großprojekte wie der „Energiewende“, deren Gestaltung an sich bereits eine enorme strategische Herausforderung darstellt, sind für die Perspektiven der Regional- und Strukturentwicklung der Lausitz von grundlegender Bedeutung. Dieser komplexe Prozess sollte insgesamt und insbesondere in Bezug auf die Lausitz strategisch geplant und beteiligungsorientiert gestaltet werden.

Unabhängig von den konkreten Gestaltungsschritten ist zu fordern, dass

- die Landesregierungen und der Bund angesichts der industrie- und beschäftigungspolitischen Bedeutung des sich abzeichnenden Wandels ein integriertes Konzept für die Energiewende vorlegen, auf dessen Grundlage verlässliche Rahmenbedingungen zur Gestaltung des Wandels gesetzt werden,
- das Thema Beschäftigungssicherung und Gute Arbeit einen erstrangigen Stellenwert in allen zukünftigen Konzepten der Energiepolitik für die Lausitz erhalten.

Handlungsansätze

Ein integriertes Konzept für die Energiewende unter Berücksichtigung der Entwicklungsbedarfe der Lausitz sollte folgende Elemente beinhalten:

- die Weiterentwicklung der Energiekompetenz der Lausitz und deren Ausbau zu einer „Marke“, die auch international Interesse findet,

- die Sicherung bezahlbarer Energiepreise für private Verbraucher und (energieintensiver) Industriebetriebe,
- die Konzipierung eines Energiemix aus unterschiedlichen Energieträgern, der die unterschiedlichen Interessen und Entwicklungserfordernisse berücksichtigt,
- die Konkretisierung von Strategien zur Einhaltung der Klimaschutzziele der Bundesregierung, z.B. das Paket aus KWK-Gesetzesnovelle und Kapazitätsreserve für Versorgungssicherheit und Klimaschutz (KVK),
- Intensivierung der Forschung und Entwicklung und deren Transparenz zu zentralen Fragen der Energiewende in der Lausitz,
- Erhalt der Arbeitsplätze und Sicherung Guter Arbeit im Wandel der Energieregion Lausitz,
- Beteiligungsorientierung und regionaler Dialog zur Gestaltung der Energiewende, um alle relevanten gesellschaftlichen Akteure in die Gestaltung der Energiewende einzubinden und einen gesellschaftlichen Konsens anzustreben,
- bundesländerübergreifende energiepolitische Allianz für die Lausitz im Umsetzungsprozess des EEG mit politischen Entscheidungsträgern, Sozialpartnern, Betriebs- und Personalräten und anderen gesellschaftlichen Akteuren.

3.8 Regionaler Entwicklungsdiallog

Befund

Die Intensivierung des Dialogs über die Ziele und Strategien der regionalen Entwicklung der Lausitz ist erforderlich. Sie sollte ein tragfähiges Entwicklungsleitbild konkretisieren. Derzeit gibt es jedoch eine nur unzureichend strukturierte bzw. organisierte Diskussion über ein konsequent regionszentriertes Entwicklungsleitbild für die Lausitz. Dies kann sich zunehmend als Entwicklungshemmnis erweisen.

Handlungsansätze

Zu fordern ist die Re-Vitalisierung der Strategiediskussion über die Entwicklung der Regional- und Strukturpolitik in der Lausitz. Dazu gehören:

- neue Impulse für die Diskussion um regionale Entwicklungsleitbilder,
- die Integration der Fachpolitiken und Fachplanungen zu einem integrierten regionalen Entwicklungskonzept, das sich an dem Entwicklungsleitbild orientiert,
- neue Ideen zur Sicherung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge in den bevölkerungsmäßig schrumpfenden Teilen der Lausitz und dem dazu erforderlichen Beitrag der Mittelzentren,
- eine mittel- und langfristig konzipierte strukturpolitische Herangehensweise an die „Lausitz als Energieregion“,
- die systematische Einbeziehung der regionalen Akteure, der Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger in die regionale Entwicklungsdiskussion,
- die Entwicklung eines „Formats“, einer politischen Organisationsform oder Struktur, die diesen Diskurs ermöglicht, fördert und organisiert,
- die Etablierung einer alle Entwicklungsthemen übergreifenden „Lausitz-Agentur“ als Kommunikations-, Service- und Entscheidungsvorbereitungseinrichtung, die regionale und länderzugehörige Stellen gemeinsam (z.B. staatsvertraglich geregelt) betreiben.

4. Integrierte Regional-, Struktur- und Industriepolitik als arbeitsorientierte Entwicklungsstrategie für die Lausitz

Die strukturpolitische Übersicht über wichtige Indikatoren der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit in der Lausitz unterstreicht akuten Handlungsbedarf. Ein Einfaches „Weiter so“ in der Regional- und Strukturpolitik eröffnet für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Lausitz keine Zukunfts- oder Angleichungsperspektive.

Erforderlich ist ein regionales Entwicklungskonzept für die Lausitz, das sich auf zwei zeitliche Horizonte bezieht: Kurz- und mittelfristig auf die Vermeidung einer Verschlechterung der Entwicklungsperspektiven der Lausitz, mittel- und langfristig auf die Umsetzung erfahrbarer Schritte zur Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Es ist davon auszugehen, dass die Umsetzungsbedingungen regionaler Entwicklungskonzepte in der Lausitz in Zukunft nicht einfacher werden. Die demografische Entwicklung, die absehbare Schwächung der Binnennachfrage und der Druck auf regionale Produktionsstandorte erschweren positive Entwicklungsansätze.

Erforderlich ist eine qualitäts- und wachstumsorientierte Politik bis mindestens 2030, um neuen Schwung in den stagnierenden Aufholprozess zu bringen und eine Angleichungsperspektive auch in der Lausitz wieder zu eröffnen. Sie sollte auf einem integrierten regional- und strukturpolitischen Politikansatz beruhen, der Industriepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Arbeitspolitik, Infrastrukturpolitik und Daseinsvorsorge bündelt.

Ein solcher integrierter Politikansatz sollte eine umfassende Beteiligung der Menschen als Ausdruck lebendiger Demokratie beinhalten. Dazu sind von der Politik in der Region geeignete Diskussionsangebote zu entwickeln.

